

Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Heidelberg/Essen, 4. März 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die industrielle Wettbewerbsfähigkeit ist das Rückgrat des deutschen Wohlstands. Der Europäische Rat am 19. und 20. März bietet die Chance, die Weichen für verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in der Industrie zu stellen. Ihr Appell für weniger Bürokratie und einen stärkeren Binnenmarkt adressiert zentrale Voraussetzungen, genau dafür setzen wir uns ein.

Mit Sorge verfolgen wir die aktuelle Debatte um das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS). Das EU ETS ist ein seit 20 Jahren bewährtes Instrument mit dem Ziel, die Transformation zu ermöglichen, indem es Emissionen dort reduziert, wo es volkswirtschaftlich am effizientesten ist. Es soll europäische Firmen zu Investitionen anreizen und diejenigen belohnen, die sich das nötige Know-How erarbeiten, um große industrielle Produktionen und die Energieerzeugung nachhaltig aufzustellen.

Eine grundlegende Infragestellung dieses marktbasierten Instruments zur Dekarbonisierung erschüttert das Vertrauen von Investoren in politische Verlässlichkeit und einen funktionierenden Markt. Ordnungsrecht wäre, falls überhaupt denkbar, in der Regel deutlich teurer und würde einer aufwändigen politischen Nachsteuerung bedürfen.

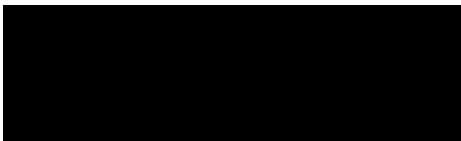
Gleichzeitig teilen wir Ihre Auffassung, dass die Weiterentwicklung des EU ETS einem politischen Realitätscheck unterzogen werden muss. Daher ist eine begrenzte Ausgabe von Emissionszertifikaten über das Jahr 2040 hinaus notwendig. Dazu gehört auch, die Marktstabilitätsreserve (MSR) weiterzuentwickeln, negative Emissionen in das EU ETS zu integrieren und dessen Einnahmen gezielt zur Stärkung der betroffenen Industrien einzusetzen. Gleichzeitig braucht es einen funktionierenden CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), um die industrielle Wertschöpfung in der EU vor Konkurrenz aus Ländern ohne ausreichende CO₂-Bepreisung zu schützen. Sollte dieser nicht den beabsichtigten Schutz bieten, müssen Kompensierungsmechanismen erwogen werden, wie etwa eine teilweise Weiterführung freier Zuteilungen. Alle Anpassungen müssen transparent im Rahmen des regulären Revisionsprozesses erfolgen.

Wir gehören zu den größten CO₂-Emittenten in Deutschland und auch in Europa. Aber uns ist bewusst: Die Transformation kann nur gelingen, wenn es langfristig verlässliche Rahmenbedingungen

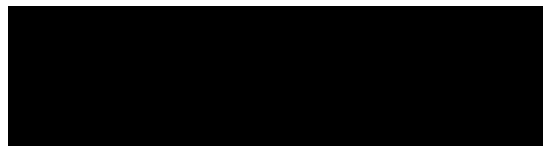
gibt. Dazu gehört vor allem auch ein stabiles EU ETS. Wir leisten unseren Beitrag. Jetzt kommt es auf gemeinsames und entschlossenes Handeln an.

Wir möchten sehr gerne mit Ihnen dazu ins Gespräch kommen und stehen für einen Austausch jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dominik von Achten
Vorsitzender des Vorstands
Heidelberg Materials AG



Dr. Markus Krebber
Vorsitzender des Vorstands
RWE AG